

# Eckpunkte zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018

## DGB Kiel Region

5

- 10 ✚ Die Kreise, Städte und Gemeinden bilden den zentralen Kern des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Vieles konnte in den vergangenen Jahren durch die ehrenamtliche kommunale Selbstverwaltung im positiven Sinne für die Menschen in den Kommunen erreicht werden. Die Gewerkschaften begegnen diesem **ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Bürger/innen** in den Kreistagen, den Ratsversammlungen, den Gemeindetagen und den zahlreichen Beiräten mit Respekt, Dank und Anerkennung. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist die Herzkammer unserer Demokratie; und aus diesem Grund müssen die öffentlichen Gebietskörperschaften ein adäquates Maß an hauptamtlicher Begleitung hierzu sicherstellen und garantieren. Der zum Teil höchst konzeptionslose Personalabbau im öffentlichen Dienst verbunden mit einer kostentreibenden Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben muss ins Gegenteil umgekehrt werden, damit unser demokratisches System, in all seinen Facetten der Partizipation, Mitgestaltung und Mitbestimmung, nicht grundlegend ins Wanken gerät.
- 15
- 20 ✚ Zudem bleibt sehr, sehr vieles zu tun! Die Herausforderungen können kaum größer sein, denn hier vor Ort, in den Kreisen, Städten und Gemeinden, müssen sie gemanagt werden. Die fortgesetzte **Unterfinanzierung** der Kommunen muss von Land und Bund konsequent beendet werden. Öffentliche-Private-Partnerschaften als Finanzierungsmodell öffentlicher Investitionen werden, da sie für die Bürger/innen mit extrem hohen Kosten verbunden sind, von den Gewerkschaften in ihrem Bund nicht unterstützt. Stattdessen fordern die Gewerkschaften einen Altschuldenfond für die Kommunen. Ohne diesen werden sie ihre höchst vernünftigen Investitionen, aufgrund der restriktiven Kommunalaufsicht und Schuldenbremse, kaum bis gar nicht für eine gestaltende Zukunft tätigen können.
- 25
- 30 ✚ Unsere **Bildungseinrichtungen**, von den Kindertageseinrichtungen über die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bis hin zu den Hochschulen, müssen dringend finanziell in die Lage versetzt werden ihre unumgänglichen Investitionen tatsächlich tätigen zu können; dies gilt gerade für die Ausstattung. Dazu gehört auch, dass insbesondere die auszuübenden Tätigkeiten der Beschäftigten an und für Menschen deutlich aufgewertet werden müssen. Die Kommunen müssen
- 35 auch hierzu finanziell besser ausgestattet werden. Nur mit deutlich besseren Arbeitsbedingungen

in den Bereichen der Bildung sowie der Kinder-, Kranken- und Altenpflege, ergeben sich die Chancen zur Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung.

40 ✚ Trotz der robusten wirtschaftlichen Entwicklung im ganzen Land hat die **soziale Spaltung** in den  
Städten und im ländlichen Raum in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Zigtausende  
Menschen sind von der guten Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Dies verunsichert nicht nur  
diese Personengruppen selbst, sondern spricht sich im wahrsten Sinne des Wortes bis tief in die  
45 „Mittelschicht“ herum, wodurch die Verunsicherung noch weiter ansteigt. Der kommunalen Fa-  
milie kann diese Entwicklung nicht gleichgültig sein. Hier erwarten die Gewerkschaften eine an-  
gemessene und adäquate Intensivierung bei den Bewältigungs- und Lösungsstrategien zum Ab-  
bau der sozialen Spaltung in den Kommunen und darüber hinaus von Land und Bund. Dabei muss  
der steigenden Anzahl der von Armut betroffenen und bedrohten Kinder in ganz besonderer Weise  
50 Rechnung getragen werden, denn Kinder benötigen gleiche Möglichkeiten und Chancen für eine  
tatsächlich wirksame Bildungsgerechtigkeit und vollumfängliche Teilhabe. Gerade für Alleinerzie-  
henden und Familien mit geringem Einkommen als auch langzeiterwerbssuchenden sowie zu- und  
eingewanderten Menschen sind ohne weiteren zeitlichen Verzug dauerhafte Perspektiven zu re-  
gulärer Beschäftigung - zu guter Arbeit: sozialversichert, tarifgebunden, mitbestimmt etc. - zur  
eigenständigen Existenzsicherung anzubieten.

55 ✚ Die Gewerkschaften erwarten deshalb von der Kommunalpolitik, dass sie insbesondere für die  
finanzschwachen Kinder, Alleinerziehenden, Familien, zu- und eingewanderten Menschen ein  
breites gesellschaftliches **Bündnis zur Bekämpfung** der sozialen Brennpunkte, **der Armut und so-**  
**zialen Spaltung** initiiert. Dort, wo solche Bündnisse bereits bestehen, sollten diese konsequent  
60 und mit Nachdruck vorangetrieben und die Kommunikation Richtung Land und Bund für diese  
Aktivitäten zielgerichtet und ergebnisorientiert gebündelt werden.

✚ Die Bildungseinrichtungen in unseren Städten müssen, neben der gebäudespezifischen und tech-  
nischen Ausstattung, insgesamt personell deutlich besser ausgestattet werden. Dies gilt für alle  
65 Einrichtungen. Die derzeitige **Personalausstattung** ist im Hinblick der bildungspolitischen Aufträge  
und Erfordernisse völlig unzureichend. Allein dieser Umstand verursacht große und langfristige  
Probleme, die in ihrer Folge die „Reparaturkosten durch die Allgemeinheit“ explodieren lassen.  
Unsere Kinder, Schüler/innen, Heranwachsende und Jugendliche bedürfen einer deutlich intensi-  
veren Begleitung und Orientierung durch die Fachkräfte in allen Bildungseinrichtungen. Kein Kind  
70 darf zurückbleiben! Jeder hier investierte Euro spart in naher Zukunft sieben bis acht Euro Trans-  
fergelder durch die öffentliche Hand.

✚ Die Gewerkschaften begrüßen ausdrücklich den Aufbau der **Jugendberufsagenturen** (JBA) in den  
Kommunen. Diese JBA bieten den Eltern und Heranwachsenden eine Unterstützung und Orientie-  
75 rung aus einer Hand beim Übergang von der Schule in den Beruf. Auch hier gilt es, diese Anstren-  
gungen zu intensivieren und die Ausstattung in jeder Hinsicht ohne Kompromisse fortzuentwickeln.  
Dort, wo diese JBA bis dato noch nicht initiiert worden sind, erwarten die Gewerkschaften  
von der Kommunalpolitik ein ohne zeitlichen Verzug entsprechendes Engagement zum Aufbau  
und Betrieb eben dieser JBA.

80

- 85 ✚ Mit dem Zuwachs an sozialen Spaltung sind auch unmittelbar die Zunahmen der prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnisse in unserer Region verbunden. Die Gewerkschaften haben zum konsequenten Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit, der prekären und atypischen Ausbildung und Beschäftigung sowie zur Integration von zu- und eingewanderten Menschen die Strategie des **Masterplans Gute Arbeit** entwickelt. Im Kern beinhaltet der Masterplan Gute Arbeit die dauerhafte institutionalisierte Dialogplattform in den Kreisen und Städten, welche sich aus der Kommunalpolitik sowie allen relevanten Akteuren der Wirtschafts- und Arbeitswelt zusammensetzt. Dieses Gremium soll sich den grundlegenden Zielen der Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung, der Gestaltung des digitalen Wandels und der Stabilisierung von Leistung, Qualität und Innovation widmen. Entscheidend dafür sind u. a. sozialversicherte, tarifgebundene und mitbestimmte Beschäftigungsverhältnisse. Es soll zudem die **Verantwortungsgemeinschaft**, auch und gerade in der beruflichen wie akademischen Aus-, Fort- und Weiterbildung, **stärken**, um so das Leben und Arbeiten in Würde in unserer Region mit positiven, sicheren und verlässlichen Perspektiven für alle Menschen auszustatten.
- 90
- 100 ✚ Die wesentliche Wirtschaftskraft in der Region fußt auf die Wirtschaftsbereiche der öffentlichen wie privaten Dienstleistung, des Handels und der Logistik, des Tourismus und der Landwirtschaft sowie Wissenschaft, Forschung und Gesundheitsversorgung u.a.m.. Neben diesen relevanten Wirtschaftsbereichen, in denen konsequent die Kriterien der guten Arbeit umzusetzen sind, sind die **Industrie und die gewerbliche Produktion** in der Region zu sichern und auszubauen. Die interkommunale Zusammenarbeit in der Ausweisung von Gewerbeflächen, in der gemeinsamen Ansiedlungspolitik und in der Kooperation der Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie eine attraktive Angebotspolitik gegenüber interessierten Investoren der Industrie und der gewerblichen Produktion sind zu verstetigen.
- 105
- 110 ✚ Alle Städte in unserer Region verzeichnen in jüngster Vergangenheit eine positive Einwohnerentwicklung. Die Städte wachsen; auch in den nächsten Jahren. Die zentrale Herausforderung, die die Gewerkschaften durch das Wachsen der Städte sehen, liegt in der Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum**. Die Privatisierung öffentlicher Wohnungseinrichtungen war auch hier ein großer politischer Fehler. Wohnen zählt zu den Grundbedürfnissen! Deshalb erwarten die Gewerkschaften von der Politik einen grundlegenden Kurswechsel und den konsequenten Aufbau von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und/oder -genossenschaften. Für mindestens 30 Prozent am Wohnungsmarkt sind sozialgebundenen und bezahlbaren Wohnraum ohne weiteren zeitlichen Verzug zu bauen und wieder dauerhaft bereitzuhalten. Bund und Land sich auch hier zur vollumfänglichen Unterstützung der Kommunen aufgefordert.
- 115
- 120 ✚ Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region wird neben der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Menschen zentral von der **Infrastruktur** abhängig sein. Die Infrastruktur hat insoweit keine triviale Bedeutung! Straßen, Schienen-, Rad- und Wasserwege sowie der ÖPNV – aber auch die unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen sowie die digitalen Netze – müssen in vollem Umfang ausgebaut und gesichert werden. Die hierzu notwendigen Investitionen sind alternativlos. Die Kommunen dürfen nicht länger an einer zielführenden Zukunftsentwicklung durch sinnentleerte Haushaltskonsolidierungszwangsmaßnahmen, durch das Land oder den Bund, gehindert werden.
- 125

Zudem gilt es aus Sicht der Gewerkschaften die Verkehrslandebahn in Kiel-Holtenau im derzeitigen Bestand in jedem Fall zu erhalten. Die öffentlichen Vergabe – z. B. von Strecken im Nahverkehr – dürfen in keinem Fall zu Lasten der Arbeitseinkommen und -bedingungen für die Beschäftigten gehen. Es gilt beim Wechsel die bisherigen Bedingungen und Standards, unter denen die Beschäftigten tätig waren, vollumfänglich zu sichern.

130

✚ Die Chancen, die durch die **Energiewende** in den Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie für Beschäftigung, Wertschöpfung und Ansiedlung neuer Unternehmen erwachsen, sollten offensiv genutzt werden. Ambitionierter **Klimaschutz**, gute Arbeit und wirtschaftlicher Wohlstand lassen sich miteinander verbinden. Energie- und Industriepolitik gehören zusammen; die Windenergie ist die Basis einer nachhaltigen Industriepolitik. Sie sorgt nicht nur für sauberen Strom, sondern auch für Innovationen, Wertschöpfung und Beschäftigung. Die Energiewende muss dynamisch, planungssicher und verlässlich gestaltet werden. Die Energiekosten von Haushalten und Betrieben müssen dabei bezahlbar sein. Die Aufwendungen des ökologischen Umbaus sind gerecht auf die verschiedenen Akteure im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu verteilen.

135

140

✚ Die **Handlungsfähigkeit** der öffentlichen Gebietskörperschaften, der Kreise und kreisfreien Städte, muss in allen Fällen für alle Menschen den freien und ungehinderten flächendeckenden Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, auch zur medizinischen Versorgung, wie der Kinder-, Kranken- und Altenpflege, sicherstellen und gewährleisten. Neben diesen elementaren Zugängen, welche zu den wesentlichen Grundbedürfnissen gehören, sind die uneingeschränkten Zugänge u. a. zum ÖPNV und zu den Bereichen der öffentlichen Ver- und Entsorgung, zu öffentlichen Schwimmbädern und Bibliotheken sowie zu Kunst und Kultur und auch zu Sport-, Freizeit- und Jugendeinrichtungen zu garantieren. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen die Gewerkschaften ab. Und sie unterstützen zugleich alle Vorhaben der Re-Kommunalisierung.

145

150

✚ Weil das gesellschaftliche Zusammenleben vor Ort in Frieden, Freiheit und Weltoffenheit eine so große Bedeutung hat, ist zur Erhaltung und Stabilisierung derselben die Partizipation, die Mitgestaltung und Mitbestimmung aller in den kommunalen Gebietskörperschaften unumgänglich. Nur in **offenen Dialogen**, die auch und insbesondere in unseren Kommunen zu initiieren sind und möglich sein müssen, lässt sich das Verständnis über- und miteinander sowie die Verminderung von Verunsicherung im Wandel erreichen. Kräfte, die diesen offenen Dialog manipulieren, verweigern, die Menschen gegeneinander ausspielen und aufbringen, Hass und Gewalt schüren, stören das Gemeinwohl in unverantwortlicher Art und Weise - sie genießen nicht die Sympathie der Gewerkschaften - diese Kräfte haben in unserer Gesellschaft und in unseren kommunalen Parlamenten keinen Platz!

155

160

Kiel, im Herbst 2017

165

Frank Hornschu  
Geschäftsführer / Vorsitzender  
DGB Kiel Region